



GRÜNE Schweiz

Waisenhausplatz 21
3011 Bern

Raphael.noser@gruene.ch
031 326 66 07

Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV
Eigerstrasse 65
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 1. Oktober 2021

**Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die Krankenkassenprämien sind für einen erheblichen Teil der Bevölkerung – mittlerweile auch für weite Teile des Mittelstands – zu einer hohen Belastung geworden. Die von den Versicherten bezahlten einkommensunabhängigen Prämien steigen seit Jahren deutlich stärker als das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen. Statt diese Entwicklungen aufzufangen, hat sich die öffentliche Hand in der Prämienverbilligung immer stärker aus ihrer Verantwortung zurückgezogen. Ausdruck dieser Entwicklungen ist die steigende Anzahl von Beteiligungen aufgrund von geschuldeten Krankenkassenprämien, die mittlerweile rund 400'000 Versicherte betrifft.

Statt diesen Missstand anzugehen, sollen mit dem vorgeschlagenen Bundesgesetz nun die Steuerabzüge für die Kranken- und die Unfallversicherung fast verdoppelt werden. Dieses Vorhaben ist absurd und angesichts der hohen Steuerausfälle von jährlich 300 Millionen Franken auch finanzpolitisch verantwortungslos. **Von der Vorlage profitieren – wie selbst der Bundesrat im erläuternden Bericht feststellen muss – praktisch ausschliesslich die obersten Einkommensgruppen: Fast die Hälfte der steuerlichen Entlastung entfällt**

auf die einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung. Die unteren Einkommensgruppen hingegen gehen leer aus.

Der vorliegende Gesetzesvorschlag reiht sich damit in eine ganze Reihe von Finanz- und Steuervorlagen ein, welche der öffentlichen Hand zugunsten von einigen grossen Unternehmen und wenigen reichen Personen die Mittel entziehen sollen. Dazu zählen etwa die geplanten Abschaffungen der Stempelsteuer, der Verrechnungssteuer und der Industriezölle wie auch die vom Bundesrat beabsichtigte steuerliche Entlastung von Seeschiffahrtsunternehmen (Einführung einer Tonnagesteuer). Eine nachhaltige Finanz-, Steuer- und Staatspolitik sieht anders aus.

Die GRÜNEN lehnen diese verantwortungslose Strategie des Bundesrates wie auch die konkrete Gesetzesvorlage deutlich ab. Statt in Steuererleichterungen für die obersten Einkommensgruppen sollte der Bundesrat die 300 Millionen Franken besser für einen dringend notwendigen Ausbau der Prämienverbilligungen verwenden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Raphael Noser
Fachsekretär